

Berlin, 19. Juni 2020  
rot/bü



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

**Bundesvorstand**

## **Rund 80.000 Menschen unterzeichnen Offenen Brief „Soziale Arbeit ist unverzichtbar“ - ver.di übergibt Unterschriften an das Bundesfamilienministerium**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat am heutigen Freitag (19. Juni) rund 80.000 Unterschriften unter den Offenen Brief „Soziale Arbeit ist unverzichtbar“ an das Bundesfamilienministerium übergeben und damit ihre Forderung nach einer Stärkung der Sozialen Arbeit in der Corona-Krise bekräftigt. „Die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit – diese umfasst unter anderem Kitas, die Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe oder Hilfen für Wohnungslose und Geflüchtete – sind gefordert wie nie zuvor; viele fühlen sich aber in der Corona-Krise alleingelassen“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle. Den Beschäftigten würden häufig unzureichende oder fehlende Schutzmaßnahmen zugemutet, oder ihnen drohten Kurzarbeit oder Entlassung. „Qualifizierte Soziale Arbeit braucht gut entwickelte Träger und Strukturen; die entsprechenden Einrichtungen kann man nicht von heute auf morgen schließen und übermorgen wieder öffnen.“

Um den Gesundheitsschutz der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit zu gewährleisten, brauche es bundesweite Regelungen, die Beschäftigten, Adressatinnen und Adressaten, Kindern und Eltern Sicherheit geben, so Behle weiter. Die durch das Bundesarbeitsministerium für die gesamte Arbeitswelt formulierten Standards seien in der Sozialen Arbeit, in der es um den Dienst an und mit den Menschen gehe, nicht anwendbar. „Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf.“ Die Bundesregierung müsse dafür die Verantwortung übernehmen und dürfe die Bundesländer und Träger der Sozialen Arbeit nicht damit allein lassen.

Der schon seit Jahren bestehende Fachkräftemangel werde durch die Corona-Krise verschärft, dies gelte insbesondere auch im Kita-Bereich, so Behle. „Die sprunghafte Öffnung der Kitas lässt die realen Kapazitäten unberücksichtigt.“ Dies gehe oftmals zu Lasten der Beschäftigten; dabei müssten insbesondere Beschäftigte, die Risikogruppen angehörten, geschützt werden. „Es kann nicht sein, dass Kolleginnen und Kollegen, die jahrelang den Kita-Ausbau unter schwierigen Bedingungen mitgetragen haben, jetzt in eine ungewisse Zukunft geschickt werden, wenn ihr Gesundheitszustand beeinträchtigt ist.“ Hier müsse der Bund eingreifen und Angebote machen, wie die Beschäftigten abgesichert werden können.

Die Forderungen des Offenen Briefes an Politik und Arbeitgeber wird ver.di in einer bundesweit digitalen Podiumsdiskussion per Stream Anfang Juli 2020 diskutieren. Eine Einladung folgt in Kürze.

Weitere Informationen unter: [www.mehr-braucht-mehr.verdi.de](http://www.mehr-braucht-mehr.verdi.de)

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Richard Rother  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011  
und -1012  
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:  
pressestelle@verdi.de